



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Weltwende

Stegemann, Hermann

Stuttgart, 1934

England und das französische Sicherheitssystem

[urn:nbn:de:hbz:466:1-75363](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-75363)

England wie Belgien, schon durch den Vertrag von Locarno in eine gewisse Verbindung gebracht worden waren, lag es auch im Bereich der Möglichkeit. Kam man auf der Abrüstungskonferenz zu dem Schluß, daß Deutschland nicht länger in Untwürdigkeit gehalten werden konnte, so ergab sich die Notwendigkeit einer solchen näheren Verbindung, von Belgien wie von Frankreich aus gesehen, von selbst. Ob England diese Auffassung teilte, war eine andere Frage. Vielleicht konnte England von Belgien erst für eine engere Verbindung gewonnen werden, wenn die Abrüstungskonferenz scheiterte und Deutschland seine Souveränität zurückgewann. Gewährleistete England, das sich bis anhin gegenüber Frankreich und Belgien zu keiner anderen Bindung als der im Rheinpakt von Locarno verbrieften, hatte bereitfinden lassen, in diesem Fall die belgische Sicherheit, indem es sich im Falle eines Krieges zur militärischen Hilfeleistung verpflichtete, dann reifte der französisch-belgischen Politik ein großer Erfolg, denn das kam mittelbar auf eine neue Verstärkung der französischen Sicherheit und auf ein französisch-belgisch-englisches Defensivbündnis heraus.

Das waren Gesichtspunkte, die sich im Herbst des Jahres 1933 noch einer Besprechung entzogen, die aber schon deutlich vorgezeichnet lagen, als die Mächte nach Genf zurückkehrten, um noch einmal zur Abrüstungskonferenz zusammenzutreten. Es handelte sich ja, wie gesagt, jetzt nicht mehr um die allgemeine Abrüstung, sondern schon um eine allgemeine Rüstungskonvention im Rahmen des Völkerbundes.

*

Die deutsche Politik, die seit Anbeginn der Verhandlungen festlag und von der Regierung Hitler nur schärfer bestimmt, härter hingefest und entschiedener vertreten wurde, sah sich also einer Lage gegenüber, die nicht nur auf ihre Vordergründe, sondern auch auf ihre Hintergründe geprüft werden mußte. Es kam jetzt für sie — aber auch für alle anderen Mächte — darauf an, möglichst genau vor auszusehen, „was andere Leute unter den gegebenen Umständen zu tun gedachten“.

Deutschland leitete den Gang nach Genf durch eine Erklärung

ein, die Neurath vor den Vertretern der ausländischen Presse abgab. Der Reichsminister des Außern wies darauf hin, daß Europa immer noch vom Geist von Versailles beherrscht werde, daß Deutschland ein Recht habe, diesen Geist zu bekämpfen und daß die Rede, die Hitler am 17. Mai vor dem Reichstag gehalten, für die Methode und die Ziele dieses Kampfes wegleitend bliebe. Die von Hitler ausgesprochenen Warnungen wurden also von Neurath ausdrücklich in Erinnerung gerufen. Dann erklärte der Minister, Deutschland wolle den Frieden, nicht den Krieg, und zog den Pakt Mussolini heran, um festzustellen, daß dessen erste Anwendung in der deutsch-österreichischen Auseinandersetzung nicht mit Zweck und Ziel des Paktes übereinstimme. Das Ziel dieses Vertrages könne ja nicht die Niederhaltung eines Partners durch die anderen, sondern nur die Verständigung zwischen gleichberechtigten Parteien sein. Zur österreichischen Frage selbst erklärte Neurath, daß die Reichsregierung nicht daran dächte, sich in die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs zu mischen, daß sie aber fordern müsse, daß unberechtigte Einmischungen anderer Länder in die deutsch-österreichische Auseinandersetzung unterblieben. Man müsse endlich der Auffassung Mussolinis zustimmen, daß eine wahrhaft europäische Politik nicht ohne und noch weniger gegen Deutschland gemacht werden könne. Davon habe auch die Abrüstungskommission auszugehen, die nicht länger zwischen Siegern und Besiegten unterscheiden dürfe. Es gebe nur eine Alternative: die Verwirklichung der Gleichberechtigung oder den Zusammenbruch der ganzen Abrüstungsidee, für dessen unabsehbare Folgen Deutschland dann keine Verantwortung trafe.

Es wetterleuchtete in dieser Erklärung. Sie erfolgte im Augenblick der höchsten Spannung. Deutschland fühlte sich allein, als der Völkerbund in der zweiten Septemberwoche zusammentrat. Der Viermächtepakt hatte bis anhin nur zu einer „Reprimande“ Deutschlands gedient; die Beziehungen der Regierung Hitler zum Heiligen Stuhl waren trotz der soeben erfolgten Ratifikation des Reichskonkordats getrübt; in Österreich befestigte sich die autoritäre Regierung Dollfuß, indem sie sich, auf die Christlich-Soziale Partei und die Heimwehr gestützt, neu konstituierte und Anlehnung an Italien, den Vatikan und den Völkerbund suchte; Frankreich und seine Ver-